

Eine theologische Antwort auf die Gewalt nach den Wahlen in Kenia

Anne Nasimiyu-Wasike

Seit 1991, als das kenianische Volk den längst überfälligen Anstoß zu einer Mehrparteienpolitik gab, kommt es immer wieder zu Gewaltausbrüchen unter den Ethnien, wie sie in dieser Brutalität und Abgestumpftheit in der 30 Jahre langen relativ friedlichen Unabhängigkeitsgeschichte ohne Beispiel sind. Im Kern geht es bei diesem Konflikt um Fragen der Landverteilung nach der Unabhängigkeit, um die Konstitution des Landes, die eine unumschränkte Ausübung der präsidentiellen Macht unterstützt und um die ungleiche Aufteilung der nationalen Ressourcen unter den 42 ethnischen Gruppen des Landes. Mag es auch, oberflächlich betrachtet, so aussehen, als habe die Mehrparteienpolitik die Gewalt im Land ausgelöst, so wird doch dieser Beitrag einige der Ungerechtigkeiten zur Sprache bringen, die die politischen Führer Kenias seit der Unabhängigkeit begangen haben, und auf das ganze Ausmaß der Probleme, die das Leben armer Kenianer zu einer ständigen Qual machen, eine theologische Antwort geben.

Problemhintergründe

1963 erlangte Kenia seine Unabhängigkeit von der britischen Kolonialmacht, und Jomo Kenyatta wurde der erste Ministerpräsident. 1964 änderten dieser und seine engsten Vertrauten die Verfassung, um die Vollmachten der Königin auf

das Präsidentenamt zu übertragen. Unter der so zustande gekommenen republikanischen Verfassung wurde Kenyatta der erste Präsident der Republik Kenia und war nun Staatsoberhaupt und Regierungschef in einer Person. Mit ihm freilich begann eine schrankenlose Ausübung präsidialer Macht. Die Personalunion machte das Amt des Präsidenten zu einer quasi allmächtigen Institution. Alle Macht konzentrierte sich auf dessen engeren Umkreis.¹ Seine selbstherrlich ausgeübten Befugnisse wurden mit der Furcht vor einer Rückkehr der Kolonialherrschaft sowie vor einer ethnischen Zersplitterung gerechtfertigt.

Alle staatlichen Ressourcen unterstanden nun der Oberhoheit des Präsidenten, und nur die Elite seiner Ethnie und seine Freunde aus anderen ethnischen Gruppen hatten Zugang zu den Ressourcen und den Regierungsposten. Die Präsidenten Kenyatta und Daniel Arap Moi nutzten alle Mittel, die ihnen zur Verfügung standen, um ihre Macht zu festigen und die politischen Gegner ins Abseits zu drängen. Kenyatta betrieb eine Politik, die aus Kenia *de facto* einen Ein-Parteien-Staat machte, während Arap Moi ein Gesetz erließ, das den Ein-Parteien-Staat auch *de iure* besiegelte.² Politische Gegner mussten der Staatspartei, der *Kenya African Nation Union* (KANU), beitreten oder liefen Gefahr, wegen Meinungsverschiedenheiten ins Gefängnis geworfen zu werden. Während der ganzen Regierungszeit Kenyattas und Arap Mois haben mutige Einzelkämpfer und Gruppen sich unter erheblichen persönlichen Opfern stets dagegen zur Wehr gesetzt.

Die neue Elite des Landes nahm gegenüber den übrigen ethnischen Gruppen eine arrogante paternalistische Haltung ein. Sie glaubten, das Land könne sich nur dann weiter entwickeln und sicher sein, wenn sich das Räderwerk der Macht und deren Kontrolle in ihren Händen befinde.³ So ist der Präsident von Kenia auf jede erdenkliche Art und Weise bis auf den Namen praktisch ein traditioneller Monarch. Der verlängerte Arm der Regierung – das Parlament oder etwa die Gerichtsbehörden – steht dem Präsidenten ganz nach dessen Belieben zur Verfügung. Alle höheren Staatsbeamten arbeiten dem Präsidenten zu, um ihn zufriedenzustellen. Der Präsident kann sie nach eigenem Ermessen einstellen oder entlassen. Damit war der Präzedenzfall gegeben: „Bist du einmal an der Macht, dann gehört dir alles, und alle Anderen hängen von deiner Gnade ab.“

Als Kenyatta 1978 starb, trat Daniel Arap Moi als zweiter Präsident von Kenia seine Nachfolge an. Er versicherte jedem, er werde in die Fußstapfen Kenyattas treten, indem er den Status quo beibehalte. Der Drang, alle Macht und alle Staatsressourcen auf den „inneren Kreis“ des Präsidenten zu konzentrieren, wurde weiter verstärkt, und alle wichtigen, vor allem für Geldgeber besonders attraktiven Ressorts wurden dem Amt des Präsidenten unterstellt. Hat sich in den letzten vierzig Jahren in Kenia so gut wie alles verändert, so blieb die politische Szene davon unberührt, da sie der Führungselite und ihrer ethnischen Gruppe besondere Privilegien zubilligte. Die nationale Führungsschicht blieb unangefochten bestehen und wurde von den Reichen weiter manipuliert. Bedenkt man, dass demokratische Führung auf dem Mehrheitsprinzip beruht, dann heißt das, dass Angehörige kleiner ethnischer Gruppen und Clans für immer von einer

Machtbeteiligung ausgeschlossen bleiben. Macht in Afrika wird dazu benutzt, die Regionen der Führungsschicht zu entwickeln. Obwohl alle Bürger Steuern zahlen, bleiben die Gebiete der Opposition unentwickelt.

Mit Erlangung der Unabhängigkeit glaubten die Kenianer, sie seien die Eindringlinge, die Kolonialsiedler, endlich losgeworden, die vor allem die Wirtschaft ausgebeutet, ihre Freiheitsrechte nach und nach beschnitten, ihre Würde immer mehr missachtet und ihre Lebensweise und Kultur allmählich zerstört hatten.⁴ Doch dem war nicht so, da die Kolonialsiedler nur den Platz für die lokale Elite frei gemacht hatten; von daher kommt auch die Sehnsucht nach einer zweiten Befreiung in Kenia. Und es besteht das Bedürfnis nach einer Theologie der Entkolonialisierung, welche die Praxis stärker als die Theorie betont und der sozialen Analyse und dem sozialen Engagement den Vorrang einräumt. Kenia braucht eine Theologie, die sich mit allen Kräften für die Gerechtigkeit und Freiheit aller Menschen einsetzt.⁵

Die im Amt des Präsidenten versammelte Macht ist für Kenia eine Quelle der Instabilität, da sie unter den Ethnien zum Konkurrenzkampf führt. Seit 1964 wird diese Regierungsform, welche die Mehrheit an den Rand drängt und eine Minderheit belohnt, ständig bekämpft. Weiter ist die Landfrage eines der sensibelsten Probleme, die Kenia bis heute auf vielerlei Weise belasten. Zuerst war es die britische Kolonialverwaltung, welche den eingeborenen Afrikanern das Land gewaltsam wegnahm und es an die englischen Siedler verteilte. Dann wurde während der Notstandsperiode das Land von den Freiheitskämpfern konfisziert und den Loyalisten gegeben; und die Kenyatta-Regierung schließlich hielt nach der Machtergreifung an dieser Politik unvermindert fest.⁶ Die Grenzen zwischen den Ethnien blieben unbestimmt und die Landstriche, welche die Siedler illegal besetzt hatten, wurden sehr schnell von der aufsteigenden afrikanischen Elite in Besitz genommen, anstatt an die vor Ankunft der weißen Siedler ursprünglichen Eigentümer zurückgegeben zu werden.

Die neuen Siedler werden als noch arroganter und selbstsüchtiger angesehen als die früheren weißen, was für die eingeborenen Bewohner noch schmerzhafter ist. Die politische Elite nahm ihnen das Land in den eigenen Wohngebieten weg und schob sie in das Land anderer ab. Sie selbst besitzt Tausende von Hektar, während die eigenen Leute sich um ein Achtel eines Hektar herumstreiten müssen. Das ist eine Ungerechtigkeit, die den einfachen Kenianer innerlich zerfrisst. Daher stehen hinter den umstrittenen Wahlergebnissen der Streit um Landeigentum, der Zorn über vergangene, ungeahndet gebliebene Korruptionsverbrechen und die ungleiche Verteilung der nationalen Ressourcen. Dennoch führt Gewalt nicht zu Gerechtigkeit und Frieden, sondern bringt nur noch mehr Groll und Misstrauen hervor. Jene, die im Kampf um die Unabhängigkeit Opfer gebracht hatten, verloren ihn an jene, die auf Nummer sicher gegangen sind.⁷ Oginga Odinga und Bildad Kaggia, die als Mitglieder der Kenyatta-Regierung diese Fragen schonungslos aufgriffen, bezahlten ihren Mut mit dem Verlust ihrer Regierungsämter. Sie wurden hinfort von den zentralen Feldern der Politik ferngehalten.

All die Jahre hindurch sind die Landfrage und die Missstände der Vergangenheit in Kenia stets präsent geblieben, doch nur wenige wagten es, darüber zu sprechen.⁸ Die Pastoral der Kirche, die einen Wandel herbeiführen wollte, war zwar in ihrem Handeln vom christlichen Glauben inspiriert und ließ sich von durchaus seriösen Untersuchungen über die soziale Lage des Landes leiten. Doch Glaube und gute Absichten allein reichen nicht aus, um aus der Welt, in der wir leben, eine bessere Wohnstatt zu machen. Eine Sozialanalyse sollte in eine bewusste Selbstbefreiung der Unterdrückten einmünden. Sie, die Unterdrückten, müssen ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen, und Sozialanalyse und sozialer Wandel müssen *ihnen* zum Vorteil gereichen.⁹ Einzelne haben in Kenia mit dem Leben bezahlt, als sie an einer bewussten Selbstbefreiung für die illegalen Landbesetzer mitwirkten.

Die nationale Wirtschaft ist ein weiteres äußerst sensibles Thema. Sie befindet sich in den Händen der elitären afrikanischen Aufsteiger-Klasse, die sie Hand in Hand mit ihren internationalen Helfershelfern ohne jede Rücksicht auf die Mehrheit der Kenianer verwalten. Die meisten Kenianer schauen dem Geschehen „von der anderen Seite des Zaunes“ lediglich zu.¹⁰ Diese afrikanische Elite gründet Firmen, manipuliert und setzt Preise für die Waren fest. Sie entscheidet, wen sie einstellt und wen nicht, und ist am allgemeinen Wohlstand der einfachen Leute nicht interessiert.

Die oben dargestellten Probleme sind sehr schwerwiegend und die Menschen sehnen sich nach einer dauerhaften Lösung, die sie für eine bessere Zukunft befähigt und stärkt. Es gibt eine wirtschaftlich bedingte Gewalt, welche die Menschen in eine bestimmte Lebensweise hineintreibt und ihnen eine Alternative verweigert. Diese Gewalt macht sie verschlossen gegenüber allem Streben nach menschlicher Erfüllung. Die Kenianer sehnen sich nach Freiheit, um das zu werden, was sie als Kinder Gottes sein sollen und um ihr gottgegebenes Potential zum eigenen Wohl und dem aller anderen zu verwirklichen.

In seinem Wahlkampf versprach Raila Odinga feierlich, all jene zu verfolgen, welche die Kenianer bestohlen hatten, so dass sie das Gestohlene zurückerstatten würden; er versprach, erlittene Verluste, Schäden und Rechtsverletzungen wieder gutzumachen und weiteren Diebstählen Einhalt zu gebieten. Ein solches Wahlkampfthema machte Raila natürlich bei der armen Mehrheit des

Die Autorin

Prof. Anne J. Nasimiyu-Wasike stammt aus Kenia und gehört den Kleinen Schwestern des Heiligen Franziskus von Uganda an. Sie promovierte 1986 über das II. Vaticanum und das Problem der Inkulturation. Seit 1987 unterrichtet sie an der Kenyatta-Universität in Nairobi, Kenia, am Fachbereich für Religionswissenschaft. Ihre womanistische Theologie setzt sie in Beziehung zur traditionellen afrikanischen Religion und Kultur. Ihrer Ordensgemeinschaft diente sie von 1992–1998 als Generaloberin. Als Mitglied des „Circle of Concerned African Women Theologians“ baute sie das Institut afrikanischer Frauen in Religion und Kultur mit auf, um Frauen die Möglichkeit zu geben, selbst über ihre Situation zu schreiben. Zahlreiche Veröffentlichungen zu Feminismus, Christologie, Ekklesiologie und Mission im afrikanischen Kontext. Für CONCILIUM schrieb sie zuletzt über „Christentum und Feminismus bei den Babukusu im Westen Kenias“ in Heft 3/2006. Anschrift: Kenyatta University, Department of Philosophy and Religious Studies, P.O. Box 43844-00100, Nairobi, Kenia.

Landes beliebt, die nun das Gefühl hatte, in ihm hätten sie eine Lösung ihrer langen Leidenssituation gefunden.

Das rief jedoch bei der politischen Elite Panik, Furcht und heftige Kritik hervor, denn Raila strebte einen Wandel an, der den Armen und Benachteiligten Vorteile bringen und den Reichtum der Reichen schmälern würde. Die politische Elite und die mit ihr Verbündeten hatten ja in der Tat über all die Jahre hin unter fragwürdigen Umständen weite Landstriche erworben; kein Wunder also, dass Railas Pläne bei ihnen tatsächlich Panik und Furcht auslösten. Die politische Elite spielte jedoch wie bisher auch die ethnische Karte aus, um unter den ethnischen Gruppen weiter Misstrauen und Furcht zu säen. Auf diese Weise bleiben schlimme und korrupte Führer weiter in Amt und Würden, da sie von bestimmten ethnischen Gruppen unterstützt werden.

Theologische Überlegungen

In Kenia und den meisten afrikanischen Ländern springt der Kontrast zwischen luxuriösem Wohlstand und extremer Armut überall in die Augen und wird durch die Korruption, die ins öffentliche und berufliche Leben eindringt, noch verschärft. Extreme Armut ist erniedrigend und weckt im Menschen animalische Instinkte. Das zeigt sich, wenn Frauen und Männer wie Hunde die Abfallhalden der Städte durchstöbern; es wird sichtbar in der absoluten Armut der Slums, der hohen Arbeitslosigkeit, in den heruntergekommenen Wohnverhältnissen und in unzureichenden Gelegenheiten zu einer Schulausbildung. Die bestehenden krasen Ungleichheiten werden lediglich immer schlimmer anstatt besser. Die Menschen sind sich der Unterdrückung, die sie in den letzten etwa vierzig Jahren zu erdulden hatten, bewusst, und sie sind entschlossen, dafür zu sorgen, dass sich das ändert. Das erfordert die Anerkennung und stärkere Beachtung der Menschenwürde als einer jedem Einzelnen von Gott verliehenen Gabe. Es ist die Aufgabe der Kirche, mit den Armen und Unterdrückten zusammenzuarbeiten und sie zur Eigeninitiative aufzufordern, damit sie ihre Befreiung selbst in die Hand nehmen.

Gegen die krasse Ungerechtigkeit, die im Land unvermindert weitergeht, muss mit allem Nachdruck Einspruch erhoben werden, so dass Ressourcen und Grund und Boden im Land gerecht verteilt werden. Die Berufung auf soziale Gerechtigkeit muss sich auf das Gemeinwohl aller ethnischen Gruppen des Landes konzentrieren. Die Führungsschicht des Landes muss ersetzt werden, so dass eine neue Mannschaft, frei von Korruption, das Land regiert, um einen Wandel herbeizuführen, der die Armen und Unterdrückten begünstigt. Der Kirche fällt dabei die Aufgabe zu, dem Volk seine politischen und sozialen Rechte bewusst zu machen, damit es moralisch gute und aufrichtige Personen zu Führern wählt, die imstande sind, sich für eine Generalbereinigung der Probleme einzusetzen, die Kenia immer noch bedrängen.

¹ Vgl. *Sunday Nation*, 23. März 2008, 10.

² Douglas Okwatch, *Tom Mboya 39 Years On*, in: *The Saturday Standard*, 5. Juli 2008, 8; vgl. www.eastandard.net/specialreports.

³ Vgl. *Sunday Nation*, aaO., 10.

⁴ Samuel Rayan SJ, *Decolonizing Theology*, in: Virginia Fabella/R. S. Sugirtharajah (Hg.), *Dictionary of the Third World's Theologies*, New York 2000, 65.

⁵ Ebd., 66.

⁶ Collins Wanderi, *Colonialists Used Land as a Weapon on the Mau Mau*, in: *East African Standard Newspapers*, 15. Mai 2008, vgl. www.eastandard.net/specialreports.

⁷ Dennis Onyango, *Skewed Distribution of Land Still Haunts*, in: *East African Standard Newspapers*, 6. April 2008, 1; www.eastandard.net/specialreports.

⁸ Ebd., 2.

⁹ Otto Madura, *Social Analysis*, in: Fabella/Sugirtharajah, *Dictionary*, aaO., 186.

¹⁰ Onyango, *Skewed Distribution*, aaO., 3.

Aus dem Englischen übersetzt von Franz Schmalz

Eine Dekade der interreligiösen Kooperation für den Frieden

Gerardo González

In unserer zunehmend globalisierten Welt kommen Menschen und Gemeinschaften verschiedenen Glaubens und unterschiedlicher spiritueller Traditionen im Alltag des Lebens unvermeidlich miteinander in Berührung und beeinflussen sich gegenseitig. Für einige führt diese Nähe zur Furcht voreinander und zu Konflikten, während andere sie als eine willkommene Gelegenheit zur Zusammenarbeit und zu gegenseitiger Bereicherung wahrnehmen. Ein Beispiel für die zweite Möglichkeit ist die gerade neu entstehende Initiative, die sich eine „UN-Dekade für interreligiösen Dialog und interreligiöse Zusammenarbeit für den Frieden“ zum Ziel gesetzt hat, welche die Vereinten Nationen für die Jahre 2011 bis 2020 ausrufen sollen. Sie wäre ein machtvoller Ausdruck der religionsübergreifenden Bewegung. Im Folgenden möchte ich die Leitprinzipien hinter dieser Bewegung aufzeigen, wie die Idee einer solchen Dekade entstand, sowie den gegenwärtigen Stand dieser herausfordernden Initiative umreißen.